



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919**

Russische und österreichische Balkanpolitik. Mazedonien

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

walten heraufbeschworene Unheil. Und wohl möglich, daß, wenn die Geschichte dereinst ihr abschließendes Urteil fällen wird, die Schuld der Völker nicht so schwer wiegen wird wie die der Machthaber.

Waren diese Verhältnisse auch mißlich, so irrten doch diejenigen, die von ihnen auf die Wehrlosigkeit der Monarchie bei einem europäischen Zusammenstoße schlossen. Damals spielte sich der nationale Streit noch vorwiegend in der dünnen, intellektuellen Oberschicht ab; die Gegensätze der bürgerlichen Parteien wurden dabei vom tschechisch-feudalen Adel genährt, der seine Vorrechte nicht in Frage gestellt sehen wollte. In den Massen dagegen, unter den Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeitern, war der Wunsch nach Frieden vorherrschend. So oft die habsburgische Monarchie von Prüfungen der einen oder andern Art heimgesucht wurde, waren die Propheten ihres unabwendbaren Unterganges schnell zur Hand. Der Präsident der französischen Kammer, Deschanel, sprach in einer Rede von der Sorge, die dem eben anbrechenden 20. Jahrhundert durch das Rätsel erwachse, was an die Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie zu setzen wäre. Trotzdem wurde die Bedeutung des Reiches als Großmacht im Rate der Nationen nicht bestritten. In den Herzen von Millionen lebte die Überzeugung von der Zusammengehörigkeit der Länder und Völker, die Monarchie verfügte in der Armee und in der Beamtenschaft über einen Vorrat an erhaltender Kraft. Ebenso sicherte die ererbte Anhänglichkeit an die Dynastie starke Elemente des Widerstandes für den Fall eines Verteidigungskrieges. Noch schwankte gegen Ende des Jahrhunderts die Wage, ob Österreich-Ungarn, von Deutschland unterstützt, nicht ein entscheidendes Wort bei der Neugestaltung der Balkanverhältnisse würde sprechen können.

\*

### Russische und österreichische Balkanpolitik Mazedonien

Schlimm war jedoch, daß das Ansehen der Monarchie darob im Auslande sank, und ebenso, daß die Saitkraft ihrer Staatslenker, die sich vom Streite der Nationalitäten umbrandet sahen, gelähmt wurde. Daher die schwächliche Politik der Donaumonarchie in Angelegenheiten der Balkanhalbinsel. Andrassy war der letzte Minister des Außern

gewesen, der hier energisch eingriff; er aber starb 1890 und fünf Jahre später Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custoza, der die Ausdehnung der Monarchie für eine ihrer Lebensnotwendigkeiten hielt. Aber schon Kalnofy war bedenklich, Graf Goluchowski endlich ließ sich um des lieben Friedens willen dazu herbei, in Albanien dem italienischen Kabinett das Recht der Mitbestimmung einzuräumen (Seite 163). Ähnlich stand es um Mazedonien. Das Wiener Kabinett verzichtete hier auf selbständiges Handeln und ging mit Rußland ein Kompaniegeschäft ein, durch das der Donaumonarchie die Ausnützung der Verwicklung in Ostasien abgeschnitten wurde. Und dabei war Rußland auf den guten Willen Österreich-Ungarns angewiesen und hätte ihn erkaufen müssen, dieses aber überhob den Nebenbuhler solcher Mühe. Nur wenn die habsburgische Monarchie für selbständiges Auftreten auf dem Balkan nicht mehr stark genug war, konnte diese Politik gebilligt werden. Dieser Ansicht waren freilich während der Amtsführung Goluchowski nahezu alle politischen Faktoren in Österreich und in Ungarn. Das war aber ein Gefühl politischer und militärischer Schwäche, zu dem ein zwingender Grund nicht bestand.

In Mazedonien, zu dem die drei türkischen Vilajets (Gouvernements) Saloniki, Monastir und Kossowo gerechnet wurden, wohnen die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten buntgewürfelt nebeneinander. Das damals herrschende mohammedanische Element, bestehend aus Osmanen und Albanesen, war in die Christen hineingesprengt, unter denen die Bulgaren der Zahl nach an erster, die Griechen an zweiter, die Serben an dritter Stelle standen. Von 1900 an züngelte der nie erloschene Aufstand wieder empor. Am rührigsten waren die Bulgaren, die ihr Losungswort von dem in Sofia tätigen mazedonischen Komitee erhielten, dessen Oberhaupt Boris Sarafow war. Ihre Banden machten die Berggegenden unsicher, aber eifersüchtig auf deren Erfolge rüsteten auch Griechen und Serben verwegene Scharen zum Kampfe aus. Sie alle wüteten gegen die Mohammedaner, verübten jedoch auch untereinander Gewalttaten. Die türkische Verwaltung war zu schwach, um des Aufstandes Herr zu werden. Schwer gereizt begegnete sie der Revolution durch das Aufgebot des mohammedanischen Landsturms, der Baschi Bosuks, die stellenweise mit Raub und Plünderung, Mordtaten und Einäscherung von Dörfern vorgingen. Die Regierung ließ das zu, doch war es ihr angenehmer, wenn sich die Christen untereinander die Häufe abschnitten.

Alle Teile wandten sich mit ihren Klagen an die Großmächte, die ein gewisses Recht zur Einmischung besaßen, weil nach dem Berliner Vertrag die Pforte zu Reformen der mazedonischen Verwaltung verpflichtet war. Die Verhältnisse waren verwickelt, die Lösung kaum zu finden. Die Mächte wollten vor allem den Bluttaten steuern, deshalb mahnten sie in Sofia, Belgrad und Athen zur Verhinderung der Bandeneinfälle. Die drei Balkanstaaten antworteten mit schönen Versprechungen; auch ließ die bulgarische Regierung an Stelle des selbständig vorgehenden Sarafow 1901 den General Jontschew zum Präsidenten des mazedonischen Komitees wählen, worauf sie versicherte, die nationale Agitation werde fortan bloß durch Kirche und Schule betrieben werden. Sie duldete jedoch, daß Sarafow eine selbständige Organisation ins Leben rief und den Bandenkrieg fortsetzte. Die Aktionsparteien hegten immer die Hoffnung, die russische Regierung werde sich durch die Moskauer und Petersburger Panlawisten für die Befreiung Mazedoniens gewinnen lassen. In dieser Annahme wurden die Bulgaren dadurch bestärkt, daß Ende September 1902 am Schiplapasse eine großartige Feier zur Erinnerung an die 25 Jahre vorher gegen die Türken geführten Kämpfe stattfand, die in der Verbrüderung des großen und des kleinen slawischen Bruders gipfelte.

Diese Huldigung wurde in Petersburg zwar gerne gesehen, aber die russische Regierung dachte nicht daran, sich in einen Balkankrieg verwickeln zu lassen. Damit darüber kein Zweifel aufkomme, reiste der Minister des Außern, Graf Wladimir Lamsdorff, im Dezember 1902 nach Sofia, mahnte hier zur Ruhe und gab auch in Wien in eigener Person die Versicherung friedlicher Absichten. Lamsdorff wollte und mußte die Vertagung der Balkanfrage durchsetzen, da Rußland seine militärischen Kräfte für den fernen Osten benötigte. Die bulgarische Regierung wurde durch Versprechungen und Drohungen zu einer ruhigeren Politik bestimmt, wollte sie sich doch die russische Hilfe für die endgültige Entscheidung nicht verscherzen. Dafür wurde Bulgarien 1902 durch ein Bündnis mit Rußland entschädigt, in dessen drittem Artikel zu lesen war: „Rußland garantiert mit seiner ganzen Macht die Gesamtheit und Integrität des bulgarischen Staates.“ Zum Danke löste die bulgarische Regierung Anfang 1903 beide mazedonischen Komitees in Sofia auf.

Da aber der Bandenkrieg im Sommer wieder auflebte und Fürst Ferdinand von Bulgarien erklärte, er könne sein ungeduldiges Volk

nicht länger im Zaume halten, da Überraschungen also immer möglich waren, schlug die russische Regierung der österreichischen vor, man solle gemeinsam an die Reform der Verwaltung und an die Herstellung geordneter Verhältnisse in Mazedonien gehen. Damit erklärte sich das Wiener Kabinett einverstanden und beauftragte den Botschafter in Petersburg Lehrenthal mit der Führung der Verhandlungen. Früher einmal hatte Gladstone den Vorschlag gemacht, man solle in Mazedonien ein autonomes Gemeinwesen unter dem Sultan als Souverän einrichten; an die Spitze der selbständigen Landesverwaltung wäre ein von den Großmächten bestellter christlicher Generalgouverneur zu stellen; unter diesem hätte jedes Bekenntnis und jeder Volkstamm seine Schulen und Kirchen gesondert zu verwalten. Dieser Plan war jedoch nur ins Werk zu setzen, wenn der Sultan durch Waffengewalt zur Einwilligung genötigt wurde; denn die Autonomie Mazedoniens bedeutete für die Pforte den Verzicht auf die Provinz. Einen Krieg aber wollten Österreich-Ungarn und Rußland vermeiden. Was wäre übrigens gewonnen gewesen, wenn Mazedonien ein selbständiger Staat würde? Dann hätten Christen und Mohammedaner, Bulgaren, Griechen und Serben auch weiter gegeneinander gewütet. Die zwei führenden Großmächte gingen also einen Mittelweg und machten den Versuch, die Regierungsgewalt der Pforte mit den Ansprüchen der christlichen Nationalitäten in Einklang zu bringen. Nachdem dieser Reformplan der Hauptsache nach festgestellt war, reiste der Zar mit Lamsdorff zum Besuch des Kaisers Franz Joseph nach Österreich, wo sie vom 30. September bis zum 3. Oktober 1903 blieben. Auf dem steierischen Jagdschlosse Mürzsteg kam es dann zwischen Lamsdorff und Goluchowski zur Einigung und zur Unterfertigung eines Abkommens.

Die Lösung, auf die man verfiel, war sehr verwickelt. Da sich die Pforte aus Mazedonien nicht hinauskomplimentieren ließ, wurde die Souveränität des Sultans aufs neue anerkannt, und, was die Hauptsache war, die türkischen Truppen blieben im Lande; selbst die Ausführung der Reformen wurde den türkischen Beamten, in erster Linie dem Generalgouverneur Hilmi Pascha übertragen. So weit war die Pforte einverstanden. Um aber auch für die Christen etwas zu tun, sollten dem Generalgouverneur ein österreichisch-ungarischer und ein russischer Zivilagent an die Seite gesetzt werden. Diese zwei Herren waren jedoch nur zu Beratern bestimmt, hatten das Land zu bereisen und die Abstände festzustellen, sie mußten aber ihre Vorschläge dem

türkischen Gouverneur zur Ausführung bekanntgeben. Am meisten versprach man sich von der Organisation einer einheimischen Gendarmerie unter europäischen Offizieren, um an Stelle der unfähigen türkischen Polizei Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das alles sollte zunächst für zwei Jahre gelten. Der Türkei wurde übrigens die Verpflichtung auferlegt, die von ihren Truppen eingäscherten Ortschaften, Häuser, Kirchen und Schulen wieder aufzubauen und die vertriebenen Bewohner zurückzuführen.

Das alles sah auf dem Papier recht gut aus, und die Kabinette von Wien und Petersburg erhielten von den anderen Mächten das Mandat zur Durchführung der Reform. Die Pforte machte noch Schwierigkeiten, es wurde ihr aber von allen europäischen Botschaftern mehr oder weniger kräftig ins Gewissen geredet, so daß sie am 10. November 1903 ihre Einwilligung gab. Die Zivilagenten wurden ernannt, die Gendarmerie eingerichtet. Das Ergebnis war jedoch geringfügig. Das beste war noch, daß bis März 1904 von den 10 000 verbrannten Häusern 6000 auf Kosten der Regierung wieder aufgebaut wurden. Sonst aber änderte sich so gut wie nichts. Der Generalgouverneur war zwar wohlmeinend und klug, aber die Verwaltung blieb so faumselig wie früher. Von Stambul aus wurde den Reformen passiver Widerstand entgegengesetzt, weil Sultan Abdul Hamid nicht ohne Grund besorgte, Europa wolle ihm die Zügel entwinden. Bulgaren, Griechen und Serben gaben ihre Eroberungsabsichten nicht auf, jeder ihrer Geistlichen und Lehrer war ein politischer Agitator, und nach einem oder zwei Jahren ging, von den Balkanregierungen geduldet und auch genährt, wieder ein frischer, fröhlicher Vandenkrieg los.

Rußland hatte jedoch Zeit gewonnen. Während seines Krieges mit Japan 1904 und 1905 machte ihm das Balkanproblem keine Sorge. In Wien war man gleichfalls zufrieden, sah mit einem gewissen Fatalismus dem Zusammenbruche der türkischen Herrschaft entgegen, wollte ihn aber hinauschieben, bis die Donaumonarchie mehr zu Kräften gekommen wäre. Die Sturmeszeichen auf der Balkanhalbinsel mehrten sich, was den Grafen Goluchowski jedoch in seiner günstigen Auffassung der Sachlage nicht erschütterte. Als König Alexander I. von Serbien nach seiner Ehe mit der Abenteurerin Draga Maschin, 1900, seinen Vater König Milan, den besten Freund Österreichs, in die Verbannung trieb, wurde diesem in Wien Zuflucht gewährt; im Jahre darauf starb Milan und wurde auf ungarischem Gebiete im serbischen Kloster Kru-

schadol begraben, wie der König in seinem letzten Willen bestimmt hatte. Ebenso ruhig wurde in Wien die Ermordung Alexanders I. (11. Juni 1903) und die Thronbesteigung des Peter Karageorgiewitsch hingenommen. Die österreichisch-ungarische Regierung ließ durch das „Fremden-Blatt“ am Tage darauf erklären, der Wechsel der Dynastie in Serbien berühre das habsburgische Reich nicht; dieses lege bloß Wert darauf, auch mit dem Hause Karageorgiewitsch in guten Beziehungen zu stehen. Nur als Serbien mit Bulgarien 1903 die Grundlinien einer Zollunion vereinbarte, durch welche Österreich-Ungarn handelspolitisch vom Balkan ausgeschlossen worden wäre, fuhr das Wiener Kabinett scharf dazwischen und erzwang die Auflösung des Vertrages. Die Symptome wurden bekämpft, weil man es sich ersparen wollte, auf dem Balkan das Messer des Chirurgen zu gebrauchen. Die Reden des Grafen Goluchowski in den Delegationen atmeten Selbstzufriedenheit, besonders die vom Dezember 1903, in welcher das Abkommen von Würzsteg erörtert wurde. Der Minister des Außern erteilte damals den Balkanstaaten gute oder schlechte Zensuren, je nachdem jeder sich zur mazedonischen Reform stellte. Die Pforte und Bulgarien kamen schlecht weg, besser Griechenland, am besten Rumänien. Die 1903 zu Würzsteg beschlossene Organisation wurde nach Ablauf zweier Jahre auf Grund neuer Vereinbarungen aufrechtgehalten und fristete bis 1908 ihr armseliges Dasein; in diesem Jahre brach die jungtürkische Revolution aus, worauf die Mächte erklären konnten, nun werde die frei gewordene Türkei selbst für die Beruhigung ihrer Völker sorgen. Auch in Wien war man froh, die sogenannte Reform wieder vom Halbe zu haben.

Graf Agenor Goluchowski, von 1895 bis 1906 Minister des Außern, war lebhaft und leichtblütig und stand unter der Herrschaft des ersten Impulses. Als großer Herr überließ er die Arbeit gemeinhin seinen Beamten und behielt sich nur die wichtigeren Entscheidungen vor. Seine Auffassung war rasch, aber es war nicht seine Sache, einen Gedankengang streng festzuhalten und bis zu den letzten Konsequenzen zu verfolgen. Unangenehmen Schlußfolgerungen entzog er sich mit der Miene eines Mannes, dem jede Pedanterie fernliegt: so glitten sachliche Gründe an ihm leicht ab. Doch war die Ablehnung nicht verlesend, da er zu gute Umgangsformen besaß, um nicht aufmerksam zuzuhören. Diese Gabe wie die weltmännische Art der Antwort haben ihm auch in den parlamentarischen Körperschaften Freunde gemacht.

Eine große Auffassung über Richtung und Ziele der allgemeinen Politik fehlte ihm, aber sein angeborener Takt behütete ihn gewöhnlich vor Verstößen. Zwischen seinem lebhaften Naturell und seiner Vorsicht in der Führung der Geschäfte lag ein gewisser Widerspruch. Sein Verstand zeigte ihm eben die Strudel und Tiefen, in denen er bei seiner beschränkten Schwimmkunst leicht versinken konnte. Er hielt sich mit Vorliebe an der Badeseite und wagte sich nur so weit ins offene Wasser, daß er mit den Füßen noch den Grund erreichen konnte. Er bewegte sich dabei mit geräuschvoller Lebhaftigkeit, so daß er im diplomatischen Verkehr den Eindruck voller Sicherheit hervorrief. Es muß aber festgestellt werden, daß die Politik Goluchowski in Österreich wie in Ungarn gebilligt wurde, weil sie dem Reiche Verwicklungen ersparte; auch den europäischen Kabinetten war sie angenehm, weil die Monarchie Enthaltksamkeit übte, während alle anderen Mächte von dem Drange nach Ausdehnung getrieben wurden. Es war nur die Frage, wie lange Österreich-Ungarn jedermanns Freund bleiben konnte.

\*

#### Ausbruch des russisch-japanischen Krieges

Die russische Diplomatie glättete also in Europa die Schwierigkeiten, um in Ostasien rüstig ausgreifen zu können, war aber weit entfernt, einen Krieg mit Japan nahe zu glauben. Sie traute dem kleinen Gegner die Kühnheit eines raschen Entschlusses nicht zu. Eine hinhaltende Politik schien auszureichen, obwohl das Petersburger Kabinett von den Rüstungen Japans genügend unterrichtet wurde. Der russische Militärbevollmächtigte in Tokio war auf der Hut, der Gesandte Baron Rosen machte aufmerksam, daß, da nach dem japanischen Flottenplan die auf Kiel gelegten Panzerschiffe 1902 fertig wurden, Nippon in diesem Zeitpunkte wohl los schlagen könnte.

Nach dem Abschlusse des englisch-japanischen Bündnisses erfolgte seitens des Petersburger Kabinetts ein Gegenzug. Es bestimmte die Französische Republik zu der amtlichen Erklärung vom 16. März 1902, in der es hieß, daß die zwei Mächte den bestehenden Zustand in Ostasien aufrechterhalten wollten, wenn China oder Korea bedroht